



Bundesministerium  
der Finanzen

E



**G7 GERMANY**  
Dresden 2015

**Steffen Kampeter**  
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Annalena Baerbock  
Platz der Republik  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
TEL +49 (0) 30 18 682-4283  
FAX +49 (0) 30 18 682-4497  
E-MAIL steffen.kampeter@bmf.bund.de  
DATUM 4. Mai 2015

BETREFF **Ihre schriftliche Frage Nr. 173 für den Monat April 2015**

GZ **VIII A 3 - FB 5033/15/10014**  
DOK **2015/0371343**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage,

„Plant die Bundesregierung die Finanzierungsmittel für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) in den kommenden Haushaltsverhandlungen stärker als vorgesehen auszustatten, damit Bergbaufolgeschäden aus dem langjährigen Braunkohleabbau in der Lausitz soweit gemindert werden können, dass die Trinkwasserversorgung der Anliegergemeinden zukünftig nicht gefährdet ist und die Mitfinanzierung der aktuell notwendigen technischen Investitionen zur Sulfatreduzierung im Trinkwasser der Stadt Frankfurt (Oder) gewährleistet werden können, und wenn nein, warum nicht?“

beantworte ich wie folgt:

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) erfüllt als Unternehmen alle Verpflichtungen, die sich aus dem Bundesberggesetz und weiteren einschlägigen Gesetzen zur endgültigen Stilllegung der ehemaligen Braunkohletagebaue und -Verarbeitungsanlagen ergeben. Mit dem geltenden Verwaltungsabkommen über die Finanzierung der Braunkohlesanierung werden durch den Bund und die beteiligten Bundesländer die notwendigen finanziellen Mittel zur Behandlung der Bergbaufolgeschäden in der Zuständigkeit der LMBV in ausreichendem Maß bereitgestellt.

Seite 2 Zur Bewältigung der Probleme der bergbaulichen Beeinflussung des Grundwassers durch stoffliche Frachten wie z. B. Eisen, aber auch Sulfat, wurden und werden durch die LMBV Untersuchungen durchgeführt und daraus resultierende Maßnahmen in die Planungen der LMBV aufgenommen. So hat die LMBV bereits im Jahr 2008 ein Gütesteuierungsmodell zur Sulfatfrachtsteuerung im südlichen Einzugsbereich der Spree entwickelt und betreibt in Abstimmung mit den zuständigen Landesbehörden in Sachsen und Brandenburg eine Steuerung im Flussgebiet.

Die Beeinflussung der Gewässergüte im Einzugsbereich des Wasserwerkes Briesen, das für die Trinkwasserversorgung der Stadt Frankfurt (Oder) maßgeblich ist, ist Bestandteil der genannten Untersuchungen. Die Ergebnisse werden durch die LMBV mit den zuständigen Stellen im Land Brandenburg erörtert. Bei Bedarf werden die in der Verantwortung der LMBV stehenden erforderlichen Maßnahmen als Bestandteil der Braunkohlesanierung umgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

